

Brexit aus Moskauer Sicht

Autorin: Kira Godovanyuk¹

Stand: Oktober 2019

Inhaltsverzeichnis:

- I. „Russischer Faktor“ in Diskussionen über die Großbritanniens Mitgliedschaft in der EU
- II. Folgen des Brexits für die Beziehungen zwischen Russland und der EU
- III. Politische Lehren aus dem Brexit
- IV. Schlussfolgerungen

I. „Russischer Faktor“ in Diskussionen über die Großbritanniens Mitgliedschaft in der EU

Seit 2014 wird im Informationsraum und in der politischen Kommunikation westlicher Medien bisweilen die Meinung verbreitet, die Russische Föderation wolle als internationalen Akteur das bestehende "*regelbasierte internationale System*" untergraben, um den Zusammenhalt des Westens zu schwächen. Es wird bisweilen behauptet, dass Moskau unverantwortlich versucht, den bestehenden Modus operandi auf dem europäischen Kontinent zu zerschlagen. Es ist nicht verwunderlich, dass das westliche Establishment versuchte, alle vermeintlich dem bisherigen System zuwiderlaufende Entscheidungen der europäischen Wähler (im Falle des Brexit) und amerikanischen Wählerschaften (Trump's Wahl) durch die "Aktionen des Kremls" zu erklären.

Im Jahr 2016, kurz vor dem Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens, nutzte die britische Führung aktiv antirussische Rhetorik, um die öffentliche Meinung im Land zu manipulieren. Proeuropäische Eliten hofften, die Wähler davon zu überzeugen, für die europäische Integration zu stimmen. Hochrangige Beamte des Vereinigten Königreichs sprachen über das angebliche Interesse Moskaus an dem Brexit. So, laut dem Leiter des Foreign Office, Philip Hammond sei Russland das

Zitierweise: Godovanyuk, K., Brexit aus Moskauer Sicht, O/L-2-2019,

https://www.ostinstitut.de/documents/Godovanyuk_Brexit_aus_Moskauer_Sicht__OL_2_2019.pdf.

¹ Kira Godovanyuk, Kandidat der politischen Wissenschaften, Europainstitut der Russischen Akademie der Wissenschaften.

einziges Land, das sich wünscht, dass das Vereinigte Königreich aus der EU austritt².

Das "Project Fear"³ appellierte daran, dass die negativen Auswirkungen von Brexit auf die britische Wirtschaft für Moskau von Vorteil sein werden. Die Medien im Vereinigten Königreich haben zum Beispiel angenommen, dass Russland an der Verbilligung britischer Immobilien und Abwertung des britischen Pfunds interessiert seien. Die russische Botschaft in London wies darauf hin, dass solche Erklärungen ein Versuch seien, Russland in innenpolitische Debatten in Großbritannien einzubeziehen. In der Erklärung wurde auch angemerkt, dass die russische Regierung keine besondere Meinung über den Platz des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union hat, und Russland wird jedes Ergebnis der Volksabstimmung akzeptieren. Die Erklärung wurde an die Hauptquartiere der Kampagnen "für" und "gegen" den Austritt aus der EU, an alle wichtigen politischen Parteien und Medien in Großbritannien geschickt⁴.

Der "russische Faktor" dominierte jedoch im politischen Diskurs der Anhänger der europäischen Integration. Premierminister Cameron argumentierte: *"Nur Wladimir Putin und der Führer der Terrororganisation Islamischen Staats⁵ Al Baghdadi profitieren von der Brexit"*⁶. Nach dem Referendum nannte der russische Präsident solche Vergleiche nicht nur einen unkorrekten Versuch, die öffentliche Meinung in seinem eigenen Land zu beeinflussen, sondern auch eine Demonstration eines niedrigen Niveaus der politischen Kultur⁷.

Moskau wurde im Lichte der seit 2017 stattfindenden anti-russischen Kampagne in den USA als das bequemste Ziel für Anschuldigungen in Bezug auf das Ergebnis des Referendums. Nach der Volksabstimmung in London, wie auch in Washington, begann man, nach Anzeichen einer russischen Einmischung zu suchen. Also versuchte man, „die Hand des Kremls“ unter den Sponsoren der Kampagne für den Austritt aus der EU zu finden. Man nahm an, dass russische Hacker die öffentliche Meinung über soziale Netzwerke manipulierten. Brexit-Anhänger forderten gesunden Menschenverstand: Remainer konnten nicht nur wegen der Aktionen russischer Bots verloren haben.

² "Jamon wird teurer." Die Russen in Großbritannien über das europäische Referendum. 27.05.2016. URL: http://www.bbc.com/russian/uk/2016/05/160526_Brexit_russians_opinions.

³ Der Begriff "Project Fear" wurde von Gegnern der britischen Mitgliedschaft in der EU vor dem Referendum 2016 über die Informationskampagne der Anhänger der europäischen Integration verwendet. Die Letzteren beschrieben die negativen Folgen des Brexits, um damit ein Angstgefühl in der Bevölkerung für ihre Zukunft zu erzeugen, das nach Ansicht von Polittechnologien die Wähler motivieren ermutigen würde, für die EU-Mitgliedschaft zu stimmen.

⁴The Russian Embassy's statement On HMG policy of dragging Russia into the Brexit debate. URL: <https://www.rusemb.org.uk/fnapr/5481>.

⁵ Eine terroristische Vereinigung, die in der Russischen Föderation verboten ist.

⁶EU referendum: David Cameron says ISIS and Vladimir Putin "might be happy" with Brexit. URL: <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/eu-referendum-david-cameron-isis-putin-brexit-a7033741.html>.

⁷ W. Putin: Camerons Aussagen über den russischen Einfluss auf Brexit haben keine Grundlage. URL: <https://russian.rt.com/article/309355-vladi-mir-putin-zayavleniya-kemerona-o-vliyanii-rf>.

Im Oktober 2017 hat der Unterausschuss für Kultur, Medien und Sport beim Facebook-Chef M. Zuckerberg Informationen von russischen Nutzern sozialer Netzwerke angefordert, die Informationen über das Referendum im Vereinigten Königreich veröffentlicht haben. Im Herbst 2017 hat die britische Wahlkommission angenommen, dass der britische Geschäftsmann A. Banks, einer der Sponsoren der Leave.EU-Kampagne (nicht zu verwechseln mit der offiziellen Vote Leave-Kampagne, zu der B. Johnson gehörte), angeblich Mittel aus Russland für die EU-Austrittskampagne des Vereinigten Königreichs erhalten hätte. Der Geschäftsmann nennt solche Anschuldigungen unhaltbar, und die Untersuchung führe zu keinem Ergebnis.

Im Dezember 2017, kurz vor seinem Besuch in Moskau, wies B. Johnson Gerüchte über eine mögliche Einmischung Russlands in die inneren Angelegenheiten des Vereinigten Königreichs zurück. Die Autoren einer im Dezember 2017 veröffentlichten speziellen Untersuchung der University of Oxford fanden keine Beweise dafür, dass die Handlungen Russlands einen signifikanten Einfluss auf das Ergebnis des Referendums hätten haben können⁸. Im Sommer 2019 gab das Management des sozialen Netzwerks Facebook offiziell bekannt, dass es keinen Nachweis für einen russischen Einfluss durch Bots auf das Ergebnis der Volksabstimmung hat⁹.

II. Folgen des Brexits für die Beziehungen zwischen Russland und der EU

Analysten, die glauben, dass Russland an Brexit interessiert war, berücksichtigen nicht die Tatsache, dass der Austritt Großbritanniens aus der EU keine direkten positiven Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland und auf den Dialog Moskaus mit einzelnen Ländern der EU haben wird. Darüber hinaus wird sich der negative Effekt des Brexits (wenn auch indirekt) auf die wirtschaftlichen und politischen Interessen Russlands als nächsten Nachbars der europäischen Integration auswirken.

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ist eine Frage der politischen Entwicklung der europäischen Integration und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der EU und dem Vereinigten Königreich. Gleichzeitig kann der Brexit die Produktionsketten in der Europäischen Union stören und die Wirtschaft der meisten Länder, mit denen Moskau fortgeschrittenere Wirtschaftsbeziehungen unterhält, negativ beeinflussen. "Scheidung" von London und Brüssel wird die russisch-britische Handels- und Investitionspartnerschaft nicht beeinträchtigen, aber großes russisches Unternehmertum ist zum Beispiel daran interessiert, dass London den Status eines globalen Finanzplatzes behält, an dem mit Wertpapieren russischer Unternehmen gehandelt wird.

⁸Russian Involvement and Junk News during Brexit. Oxford Internet Institute. URL: <http://blogs.oii.ox.ac.uk/comprop/wp-content/uploads/sites/93/2017/12/Russia-and-Brexit-v27.pdf>.

⁹ Facebook: No new evidence of Russian meddling in Brexit vote. URL: <https://www.bbc.com/news/uk-politics-43229969>.

In Russland ist man sich bewusst, dass der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union das Sanktionsregime gegen Moskau, das heute ein gemeinsamer euro-atlantischer Trend ist, wahrscheinlich nicht schwächen wird. Es besteht die Gefahr, dass der Brexit die EU schwächen (zuwider der Politik der strategischen Unabhängigkeit), das Machtgleichgewicht innerhalb der europäischen Integration verlagern könnte, was den Einfluss Washingtons im europäischen Raum stärken würde. Der neue Chief des Weißen Hauses hat die "Scheidung" von London und Brüssel immer aktiv unterstützt. Als Präsidentschaftskandidat hat Trump im August 2016 bei Twitter geschrieben: "*Bald wird man mich Mr. Brexit nennen!*"¹⁰.

III. Politische Lehren aus dem Brexit

Die politischen Lehren aus dem angeblichen Brexit sind für Moskau von größerer Bedeutung.

Erstens zeigt die britische Entscheidung, die EU zu verlassen, die „Grenzen der Integration“ auf, was im Zusammenhang mit der Entwicklung von Integrationsvereinigungen im postsowjetischen Raum zu berücksichtigen ist. Die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) hat z.B. das europäische Integrationsmodell zugrunde gelegt. Dieses Modell wird man überdenken müssen.

Zweitens gab das Brexit-Phänomen den Anstoß für Diskussionen innerhalb der Europäischen Union über ihre Reform und größere Verteidigungsautonomie. Es ist unwahrscheinlich, dass die Beendigung der Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU die Brüsseler Strategie in Bezug auf Moskau grundlegend ändern wird. Nach dem Brexit werden die osteuropäischen Länder, insbesondere Polen und die baltischen Republiken, bereit sein, die Rolle des Hauptlobbyisten für antirussische Sanktionen zu übernehmen.

Drittens hat das Vereinigte Königreich vor dem Hintergrund schwieriger Verhandlungen über den Austritt aus der Europäischen Union versucht, das Thema Brexit in den Hintergrund zu rücken, indem es den größten diplomatischen Skandal in der Geschichte der internationalen Beziehungen - den sogenannten „Skripals-Fall“ - aufblähte. Die Berechnung des Vereinigten Königreichs besteht darin, die transatlantische Solidarität bei einer „Scheidung“ mit der Europäischen Union zu demonstrieren und einen Sonderstatus in den Beziehungen zu Brüssel zu erreichen. Die politische Provokation vom März 2018 wirkte sich zwar kurzfristig aus, führte jedoch zu einer neuen Runde von Sanktionen und Ausweisungen russischer Diplomaten. Im Allgemeinen schafft die Situation der politischen Turbulenzen in der EU im Zusammenhang mit Brexit Unsicherheiten auch für Moskau, selbst unter den Bedingungen der "Abkühlung" der Beziehungen zu Brüssel.

¹⁰ They will soon be calling me MR. URL:
BREXIT!<https://twitter.com/realdonaldtrump/status/766246213079498752?lang=en>.

IV. Schlussfolgerungen

Analysten in Russland und der Europäischen Union sind der Meinung, dass Brexit wohl kaum zu einer weiteren Desintegration der EU führen wird, und dies obwohl sich die europäische Integration nach wie vor vor systemischen Herausforderungen in der Eurozone steht, die Euro-Solidaritätskrise bewältigen muss und den zunehmenden Druck aus den USA aushalten muss.

Die Auswirkungen des voraussichtlichen Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU auf die europäische Integration werden von zwei Faktoren bestimmt. Erstens, ob die EU wirksame Lösungen für wirtschaftliche und politische Herausforderungen finden und eine nachhaltige Entwicklung zeigen kann. Zweitens, durch den Entwicklungspfad des Vereinigten Königreichs und seine wirtschaftlichen Erfolge bzw. Misserfolge außerhalb der EU.

Premierminister B. Johnson, der sich für den Abschluss des Brexits einsetzt („*Get the Brexit done*“), hat die Russische Föderation erneut in eine Ferndiskussion mit seiner Behauptung einbezogen, dass der Austritt Großbritanniens aus dem Integrationsverband der EU die Behauptung des russischen Präsidenten widerlegen werde, die liberale Theorie sei obsolet geworden¹¹.

Es ist zu erwarten, dass das britische Establishment unter den Bedingungen einer innenpolitischen Krise den Faktor "russischer Bedrohung" in internen Debatten über das EU-Austrittsabkommen weiterhin nutzen wird.

©Ostinstitut Wismar, 2019
Alle Rechte vorbehalten
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,
Dimitri Olejnik,
Dr. Hans-Joachim Schramm
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar
Philipp-Müller-Straße 14
23966 Wismar
Tel +49 3841 753 75 17
Fax +49 3841 753 71 31
office@ostinstitut.de
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751

¹¹ We will prove Vladimir Putin wrong by leaving the EU by October 31. URL:
<https://www.telegraph.co.uk/politics/2019/06/30/will-prove-vladimir-putin-wrong-leaving-eu-october-31/>.